



Juso-Hochschulgruppe Leipzig

Rosa-Luxemburg-Straße 19/21, 04103 Leipzig

hochschulgruppe@jusos-leipzig.de

www.jusos-leipzig.de

Leipzig, 11. Oktober 2023

PRESSEMITTEILUNG

Keine AfD an der Uni Leipzig! Kein Fußbreit dem Faschismus!

Die Juso-Hochschulgruppe Leipzig setzt ein Zeichen gegen die Einladung von AfD-Funktionär*innen zur feierlichen Immatrikulation.

Am Nachmittag des 11. Oktober fand die Feierliche Immatrikulation an der Universität Leipzig im Gewandhaus statt. Dazu eingeladen waren die Studienbeginner*innen der Universität Leipzig sowie Ehrengäste aus der Universität und der Politik. Darunter sind sechs Abgeordnete, die für die AfD in Stadtrat und Landtag sitzen.

Roman Behrends war als Senator der Universität Leipzig eingeladen. Er kritisiert die Entscheidung der Universität: "Für mich ist es unverständlich Vertreter*innen einer rechtsradikalen Partei einzuladen, die offen gegen Wissenschaftsfreiheit einsteht und menschenverachtende Ideologien verbreitet. Deshalb haben wir uns dazu entschieden, gemeinsam mit den anderen progressiven studentischen Senator*innen mit der Flagge ein Zeichen gegen die AfD an unserer Uni zu setzen."

Nils Neubert, Co-Sprecher der Juso-Hochschulgruppe Leipzig, ordnet ein: "Die AfD ist der parlamentarische Arm der Rechtsradikalen. Sie ist eine faschistische Partei, die eine menschenverachtende Politik verfolgt. Ihr darf keine Bühne, keine falsche Toleranz, geboten werden. Wir beobachten gerade einen Rechtsruck durch die gesamte Gesellschaft, aber vor allem durch die Jugend. Das zeigte die Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Mit der Einladung legitimiert die Unileitung die AfD. Das werden wir niemals tolerieren."

Auch die Co-Sprecherin Julia Kühne erklärt abschließend: "Die Universität Leipzig ist per Gesetz ihrer 'Verantwortung gegenüber der Gesellschaft in einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat' verpflichtet. Diese hat sie heute mit Füßen getreten. Die fortschrittlichen Kräfte und die Menschen, die von der faschistischen Politik der AfD betroffen wären, können sich nicht auf eine klare Haltung der Unileitung verlassen. Antifaschismus ist offenbar keine Selbstverständlichkeit. Das muss sich ändern!"

